

Das ideologische Profil junger Abgeordneter: Parlamentsstudie 1975 ; Zusatzbericht

Wolff, A.

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wolff, A. (1976). *Das ideologische Profil junger Abgeordneter: Parlamentsstudie 1975 ; Zusatzbericht*. Leipzig: Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-381349>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Vertrauliche Dienstsache

Nachweis-Bereich	Lfd.-Nr.	Jahr	Ausf.-Nr.	Blatt
ZIJ	31	76	6	1-79

ZA 6078

gelöst 23.8.90
mcl

PARLAMENTSSTUDIE 1975

ZUSATZBERICHT:

DAS IDEOLOGISCHE PROFIL JUNGER ABGEORDNETER

AUTOR: A. WOLFF

LEIPZIG, AUGUST 1976

Zielstellung:

Die Studie dient der ideologisch-theoretischen Vorbereitung des X. Parlaments der FDJ. Ihr Ziel besteht

- in der Analyse der Ergebnisse der sozialistischen Jugendpolitik, die auf der Grundlage der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED erreicht wurden, insbesondere bei der Entwicklung wesentlicher Seiten des sozialistischen Klassenbewußtseins der Jugend, ihrer gesellschaftlichen Aktivität, ihrer Bereitschaft zur alleseitigen Stärkung der DDR, bei der politischen und organisatorischen Festigung der FDJ;
- in der Bestimmung wesentlicher Bedingungen, die diese Prozesse fördern bzw. hemmen
- und in der Erarbeitung bzw. Vorbereitung von Empfehlungen und Folgerungen für die vom X. Parlament zu beschließenden Dokumente zur kommunistischen Erziehung der Jugend.

Untersuchungspopulation:

ca. 7400 junge Werktätige (junge Arbeiter, Lehrlinge, Angestellte, Intelligenz) aus den Bezirken Berlin, Leipzig, Karl-Marx-Stadt und Rostock;

ca. 2500 Studenten verschiedener Hoch- und Fachschulen der DDR. Die Ergebnisse sind repräsentativ für junge Werktätige der angegebenen Bezirke und annähernd repräsentativ für die gesamte werktätige Jugend der DDR im Alter von 17 - 25 Jahren. Bei den Studenten erstreckt sich die Repräsentativität nur auf die einbezogenen Einrichtungen.

Konzeption:

Dr. P. Förster in enger Zusammenarbeit mit Genossen der Abt. Jugend im ZK der SED und der Abt. Jugendforschung im Zentralrat der FDJ.

Untersuchungsmethode:

Schriftliche Befragung mit standardisiertem Fragebogen

Zeitraum der Untersuchung:

13. 5. 75 bis 15. 6. 75

Gesamtvantwortung:

Prof. Dr. habil. W. Friedrich

Forschungsleiter:

Dr. sc. P. Förster

Methodik:

Dr. D. Schreiber, Dr. sc. W. Hennig, W. Dobschütz

Techn. Herstellung der Methodik:

R. Dietze

Organisation der Untersuchung:

Dr. H. Müller, H. Herzog; unter Mitarbeit von G. Jeltsch, K. Gronwald, H. Hellmuth

Statistische Aufbereitung:

Dr. R. Ludwig, H. Mittag; unter Mitarbeit von A. Buchmann, J. Hahnemann, D. Lindner, J. Ludwig, W. Murne

Gliederung:

	<u>Blatt</u>
1. Vorbemerkung	3
1.1. Gesamtcharakteristik der "Jungen Abgeordneten"	3
2. Ideologische Grundpositionen bei jungen Abgeordneten	5
2.1. Zur weltanschaulichen Grundposition	5
2.2. Einstellungen zur DDR	7
2.3. Einstellungen zum Sieg des Sozialismus	9
3. Zur gesellschaftspolitischen Aktivität der jungen Abgeordneten	11
3.1. Die politische Aktivität Abgeordneter in der FDJ	11
3.2. Zur Arbeitsaktivität junger Abgeordneter	15
4. Die Nutzung einiger Massenmedien durch junge Abgeordnete	16
4.1. Nutzung von Rundfunk und Fernsehen der DDR	16
4.2. Nutzung von Rundfunk und Fernsehen der BRD	16
5. Unterschiede in bezug auf Einstellungen und Verhalten zwischen Abgeordneten I und Abgeordneten II	18
6. Schlußbemerkungen	19

1. Vorbemerkung

1.1. Gesamtcharakteristik der "Jungen Abgeordneten"

Die Wahlen zu den Volksvertretungen sind Höhepunkte im gesellschaftlichen Leben der Deutschen Demokratischen Republik. Von besonderer Bedeutung sind die Wahlen im Oktober 1976. Es sind die ersten Wahlen nach der Schaffung des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen 1974 und nach der Annahme eines neuen Wahlgesetzes (vom 24. Juni 1976). Beide Gesetze wurden geschaffen, um die sozialistische Demokratie in unserem Land weiter auszugestalten, um hiermit unseren sozialistischen Staat zu stärken, im Interesse und zum Nutzen aller Werktätigen.

Besondere Beachtung findet bei der Realisierung der sozialistischen Demokratie die Tätigkeit der Abgeordneten. Von den Abgeordneten hängt es maßgeblich ab, inwieweit und in welcher Qualität bei uns sozialistische Demokratie realisiert und weiter ausgestaltet wird. Die oben genannten Gesetze wurden im Zusammenhang mit der Realisierung der vom IX. Parteitag gestellten Aufgabe geschaffen, die entwickelte sozialistische Gesellschaft weiter zu gestalten. Für die Volksvertretungen bedeutet das, daß ihre Verantwortung als gewählte Machtorgane des sozialistischen Staates wächst. "Ihre Tätigkeit wird durch die immer umfassendere und nachkundigere Teilnahme der Werktätigen und ihrer Kollektive an der Leitung und Planung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung, an der Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle der Gesetze und staatlichen Entscheidungen geprägt" (siehe Wahlgesetz vom 24. Juni 1976). Die vorliegende Studie, ein Beitrag zu den Wahlen im Oktober 1976, ist unter dem Gesichtspunkt möglicher Verbesserungen in den Voraussetzungen für die Tätigkeit der Abgeordneten angefertigt worden. Wir beschäftigen uns daher mit Faktoren, die die Tätigkeit der Abgeordneten beeinflussen können, insbesondere mit politisch-ideologischen Einstellungen und gesellschaftspolitischen Aktivitäten junger Abgeordneter. Wir hoffen, hiermit auf Tatsachen und Probleme aufmerksam zu machen, deren Beachtung zur Realisierung der vom IX. Parteitag gestellten Aufgaben beiträgt.

In der Untersuchung wurden 182 junge Abgeordnete erfaßt, davon 94 Abgeordnete des Bezirkstages bzw. des Kreistages der Stadtverordnetenversammlung und 88 Abgeordnete der Stadtbezirksversammlung bzw. der Gemeindevertretung. Wir bezeichnen als Abgeordnete I. die gewählten Volksvertreter des Bezirkstages, Kreistages bzw. der Stadtverordnetenversammlung und als Abgeordnete II. die gewählten Volksvertreter der Stadtbezirksversammlung bzw. der Gemeindevertretung.

Beim Lesen dieser Studie muß beachtet werden, daß die miteinander verglichenen Gruppen der Abgeordneten und Nichtabgeordneten in den Teilpopulationen unserer Untersuchung unterschiedlich stark vertreten sind.

Die Auswertung hinsichtlich der Tätigkeitsgruppen ergab: Unter den Abgeordneten II sind mehr Jugendliche mit Tätigkeiten in der Landwirtschaft als unter den Abgeordneten I. Unter Abgeordneten I sind tendenziell mehr Angehörige der Intelligenz vertreten als bei Nichtabgeordneten (16 % / 7 %).

Den Hauptteil in beiden Abgeordnetengruppen stellen jedoch Arbeiter und Angestellte aus nichtlandwirtschaftlichen Bereichen.

Tab. 1: Anteil der Arbeiter und Angestellten aus nichtlandwirtschaftlichen Bereichen an den Abgeordneten (Angaben in %)

	Arbeiter nicht- landwirtschaftl. Bereiche	Angestellte nicht- landwirtschaftl. Bereiche
Abgeordnete I	48	31
Abgeordnete II	39	30

Der Anteil der Arbeiter unter den Abgeordneten II ist deutlich geringer als unter den Abgeordneten I und unter denen, die keine Volksvertreter sind. Wie zu erwarten ist, sind in der Gruppe der Abgeordneten I weniger Angestellte ohne leitende Funktionen als bei den Abgeordneten II (27 % / 37 %) und mehr leitende Funktionäre als bei den Nichtabgeordneten (13 % / 3 %) vertreten.

Den Hauptteil an allen Gruppen stellen Arbeiter aus der materiellen Produktion und Angestellte ohne leitende Funktionen.

Bei der Charakterisierung nach der sozialen Herkunft (Tätigkeit des Vaters) entsprechen die untersuchten Abgeordneten fast auf das Prozent genau der gesamten von uns erfaßten Population.

Tendenziell sind bzw. waren die Väter von Abgeordneten ^{II} mehr Genossenschaftsmitglieder, FGH-Mitglieder oder übrige Berufstätige, d.h. private Handwerker, Einzelbauern usw.

Ca. 70 % aller Abgeordneten besitzen den Abschluß der 10. Klasse und 10 % das Abitur. Der Hauptteil aller Abgeordneten hat das Prädikat "gut" oder "befriedigend" für das berufliche Abschlußzeugnis und unterscheidet sich damit nicht von den Jugendlichen, die keine Volksvertreter sind.

Auch nach Familienstand unterscheiden sich die Abgeordneten nicht. Die Mehrheit aller Abgeordneten ist noch ledig. Es besteht die leichte Tendenz, daß unter den Abgeordneten die älteren Jahrgänge etwas stärker vertreten sind, als bei den anderen Befragten. Damit kann insgesamt eingeschätzt werden: Es existieren keine sozialen (objektiven) Unterschiede zwischen den befragten Abgeordneten und den Jugendlichen, die sie vertreten.

Die Abgeordneten sind in dem etwa gleichen Verhältnis wie die anderen Jugendlichen sozial zusammengesetzt. Unterschiede können also, wenn überhaupt, so nur im Einstellungs-, Überzeugungs- und Aktivitätsbereich liegen. Das soll jedoch im folgenden näher untersucht werden.

2. Ideologische Grundpositionen junger Abgeordneter

2.1. Zur weltanschaulichen Grundposition

Junge Abgeordnete haben im allgemeinen eine noch klarere weltanschauliche Position als die Gesamtheit der untersuchten Jugendlichen. Das entspricht dem gesellschaftlichen Engagement der Abgeordnetentätigkeit. Das drückt sich besonders in ihrer Haltung zur marxistisch-leninistischen Weltanschauung aus.

Tab. 2: Die Einstellung der Abgeordneten zur marxistisch-leninistischen Weltanschauung (Angaben in %)

Untersuchungs- gruppe	Überzeugt von der marxistisch-leninistischen Weltanschauung			
	vollkommen	mit gewissen Einschränk.	kaum	überhaupt nicht
keine Volksvertreter	48	40	8	4
Abgeordnete I	72	24	2	2
Abgeordnete II	66	31	3	-

Hier zeigt sich sowohl deutlich die klarere weltanschauliche Position junger Abgeordneter einerseits, als auch die Probleme, die selbst unter dieser Gruppe positiver und gesellschaftlich aktiver Jugendlichen bestehen, denn selbst unter den Abgeordneten hoher Volksvertretungen der Bezirks- und Kreistage gibt in dieser Frage deutliche Unklarheiten. Das wird noch zugespitzter sichtbar, wenn die Frage nach dem Anteil der atheistischen Marxisten gestellt wird. Dazu wird Tabelle 3 angeführt:

Tab. 3: Anteil der atheistischen Marxisten (Angaben in %)

Untersuchungs- gruppe	atheistische Marxisten	Religiöse	eindeutig welt- anschaulich in- different
keine Volksvertreter	40	10	10
Abgeordnete I	59	4	13
Abgeordnete II	59	5	12

Deutlich zeigt sich zwar, daß der Anteil atheistisch eingestellter Marxisten unter den Volksvertretern höher ist als unter der Gesamtgruppe, der Anteil der Religiösen niedriger (die Religiösen sind möglicherweise größtenteils junge Abgeordnete der CDU), daß aber immerhin der Anteil der eindeutig weltanschaulich Unentschiedenen auch unter den Abgeordneten nicht geringer ist als unter anderen Jugendlichen.

Das zeigt die Notwendigkeit der verstärkten politisch-weltanschaulichen Tätigkeit auf allen Ebenen und unter allen Gruppen unserer Jugend. (In einem anderen Bericht der Parlamentsstudie konnte bereits darauf eingegangen werden!)

Unterschiedliche weltanschauliche Auffassungen der Abgeordneten sind zwar prinzipiell mit ihren Rechten, Pflichten und Aufgaben als Abgeordnete vereinbar. Erfahrungsgemäß bestimmt aber die Festigkeit einer wissenschaftlich-atheistischen Position sehr stark ihr engagiertes staatsbürgerliches Verhalten. Obwohl es sich hier also eindeutig um eine positive Auswahlgruppe handelt, weisen diese weltanschaulichen Unklarheiten auf weitere Reserven hin, denn die Kraft zur Mobilisierung der Massen für staatsbürgerlich-engagiertes Handeln verlangt eine klare eigene Position in solchen entscheidenden Fragen.

2.2. Einstellungen zur DDR

Abgeordnete sind Vertrauensträger und Interessenvertreter des werktätigen Volkes. Sie sind verpflichtet, stets auf der Grundlage der Gesetze und Beschlüsse der Volkskammer, der Verordnungen und Beschlüsse des Ministerrates, der Beschlüsse übergeordneter Volksvertretungen und der Beschlüsse der eigenen Volksvertretungen zu handeln und für deren Verwirklichung einzutreten. Positive Einstellungen der Abgeordneten zur DDR sind Voraussetzungen für eine erfolgreiche praktisch-politische Tätigkeit. Ein Gradmesser für die positive Einstellung zur DDR ist der geäußerte Stolz auf die DDR.

Nahezu drei Viertel der von uns befragten Abgeordneten sind uneingeschränkt stolz, Bürger unseres sozialistischen Staates zu sein. Ein Viertel der Abgeordneten II betrachten sich nur mit gewissen Einschränkungen als stolze Bürger unseres sozialistischen Staates. Insgesamt äußerten die Abgeordneten aber weitaus häufiger als die anderen Befragten Stolz, Bürger unseres Staates zu sein.

Tab. 4: Einstellung der Abgeordneten zum Staat (Angaben in %)

	Ich bin stolz, ein Bürger unseres sozialistischen Staates zu sein			
	Das ist			
	vollkommen	mit gewissen Einschränkungen	kaum	überhaupt nicht
	meine Meinung			
kein Volkvertreter	56	40	3	1
Abgeordnete I	75	24	1	0
Abgeordnete II	67	33	0	0

In weiterführenden Untersuchungen sollte auch den folgenden Fragen stärker nachgegangen werden:

1. Werden vorrangig Werktätige Abgeordnete, bei denen ein Stolz auf unseren Staat bereits voll ausgebildet ist?
2. Ist der Stolz auf unseren Staat an die Funktion des Abgeordneten gebunden? D.h. verstärkt die Ausübung der Tätigkeit, Abgeordneter zu sein, den Stolz auf unseren sozialistischen Staat?
3. Wird dieser Stolz zu einer festen Überzeugung, die auch bestehen bleibt, wenn diese Funktion abgegeben wird?
4. Mit welchen anderen positiven Einstellungen ist diese Einstellung verbunden?

Diese Überlegungen gelten sinngemäß für alle Einstellungen im Ideologebereich, die im folgenden behandelt werden.

Zum Schutze unseres Staates und seiner Errungenschaften werden die Abgeordneten verpflichtet, Wachsamkeit zu üben sowie Staats- und Dienstgeheimnisse zu wahren. (vgl. 40 zum Schutze der Dienstgeheimnisse vom 6.12.1971 -GBL. Sonderdruck Nr. 717)

Abgeordnete sollten bereit sein, die DDR unter Einsatz ihres Lebens zu verteidigen, 62 % der Abgeordneten I sind uneingeschränkt bereit, die DDR unter Einsatz ihres Lebens zu verteidigen. Die befragten Abgeordneten II unterscheiden sich von den anderen Befragten nicht wesentlich. Die Hälfte dieser Abgeordneten äußerten auch ihre Bereitschaft, die DDR unter Einsatz

ihres Lebens zu verteidigen. Aber auch ca. 35 % der Abgeordneten geben an, nur mit gewissen Einschränkungen bereit zu sein, die DDR unter Einsatz ihres Lebens zu verteidigen. Die Forderung, die Einstellung zur Verteidigung der DDR zu verbessern, gilt also auch für die Volksvertreter.

2.3. Einstellungen zum Sieg des Sozialismus

Bei Abgeordneten ist für die Wirkung ihrer politisch-ideologischen Überzeugungskraft, ihrer politischen Vertrauenswürdigkeit, eine positive Einstellung zum Sieg des Sozialismus Bedingung. Zur Feststellung, daß sich die sozialistische Gesellschaftsordnung in der ganzen Welt durchsetzen wird, bekannten sich durchschnittlich 70 % der Abgeordneten im Unterschied zu 56 % der anderen Befragten vorbehaltlos. Durchschnittlich 20 % der Abgeordneten I und 30 % der Abgeordneten II äußerten, daß sie mit gewissen Einschränkungen davon überzeugt sind, daß sich die sozialistische Gesellschaftsordnung in der ganzen Welt durchsetzen wird.

Damit zeigt sich in diesem Einstellungsbereich eine positivere Ausprägung der Einstellung der Abgeordneten als bei anderen Jugendlichen.

Tab. 5: Einstellung der Abgeordneten zum Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab (Angaben in %)

	Die sozialistische Gesellschaftsordnung wird sich in der ganzen Welt durchsetzen Das ist			
	vollkommen	mit gewis- sen Ein- schränk.	kann	überhaupt nicht
	meine Meinung			
kein Volksvertreter	56	35	8	1
Abgeordnete I	71	23	5	1
Abgeordnete II	64	33	3	0

Abgeordnete und Nichtabgeordnete sind in stärkerem Maße fähig, politische Realitäten zu erkennen. Durchschnittlich 85 % der Abgeordneten erkennen uneingeschränkt an, im Unterschied zu durchschnittlich 70 % der anderen Befragten, daß das internationale Kräfteverhältnis sich zugunsten des Sozialismus verändert hat.

Tab. 6: Einstellung der Abgeordneten zum gegenwärtigen Kräfteverhältnis (Angaben in %)

	Das internationale Kräfteverhältnis hat sich zugunsten des Sozialismus verändert			
	Das ist vollkommen	mit gewissen Einschränkungen	kaum	überhaupt nicht
	meine Meinung			
kein Volksvertreter	71	25	3	1
Abgeordnete I	87	12	1	0
Abgeordnete II	83	17	0	0

Eine positive Einstellung zur gesellschaftlichen Perspektive der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist zwar bei allen Befragten besonders stark ausgeprägt aber bei den Abgeordneten vorhanden.

Wenn wir die politisch-ideologischen Einstellungen der Abgeordneten insgesamt bewerten, können wir feststellen:

Die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten vertreten die marxistisch-leninistische Weltanschauung, doch gibt es unter ihnen noch einen zu hohen Anteil weltanschaulich Unentschiedener und Indifferenten. Damit ist bei den meisten Volksvertretern diese wichtige Voraussetzung für ein engagiertes staatsbürgerliches Verhalten vorhanden. Abgeordnete äußerten weitaus häufiger als andere Befragte positive Einstellungen zur DDR. Sie äußern häufiger als andere Stolz, Bürger unseres sozialistischen Staates zu sein. Bei Abgeordneten ist eine positivere Ausprägung der Einstellung zum Sieg des Sozialismus vorhanden als bei anderen Jugendlichen. Eine positive Einstellung zur gesellschaftlichen Perspektive der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist zwar

bei allen Befragten vorhanden, in besonders starkem Maße aber bei den Abgeordneten ausgeprägt.

Eine große Unsicherheit zeigt sich bei allen Befragten, ebenso der Abgeordneten, wenn es um die Einstellung zur Abgrenzung zwischen der DDR und der BRD geht. Hier gilt es, unsere sozialistische Propaganda, weiterhin, vor allen Dingen qualitativ, zu verbessern.

Es sollten auch weiterhin Anstrengungen unternommen werden, die Einstellungen zur militärischen Verteidigung der DDR bei den jungen Abgeordneten zu verbessern.

3. Zur gesellschaftspolitischen Aktivität der jungen Abgeordneten

3.1. Die politische Aktivität Abgeordneter in der FDJ

Dieses Kapitel beschäftigt sich im folgenden mit der Einstellung Abgeordneter zur FDJ und mit der Arbeit der Abgeordneten in der FDJ selbst. Der politischen Aktivität Abgeordneter in der FDJ soll in dieser Studie besondere Beachtung geschenkt werden. Die Parlamentarstudie konzentriert sich auf Jugendliche der Altersgruppen von 18 - 24 Jahren. Die überwiegende Mehrheit der Gruppe der Abgeordneten gehören diesen Altersgruppen an. Das gesellschaftliche Betätigungsfeld der von uns befragten Abgeordneten liegt damit hauptsächlich in der FDJ.

Anmerkung 1:

"Die Freie Deutsche Jugend ist wie andere Massenorganisationen mit einer Fraktion von 40 Mitgliedern in der Volkskammer vertreten. Von den im Jahre 1970 gewählten mehr als 22 000 Abgeordneten der örtlichen Volksvertretungen, die jünger als 25 Jahre waren, wurden 16 782 von der FDJ nominiert. Bei diesen Wahlen wurden erstmals 8 387 Jugendliche im Alter von 18 - 20 Jahren in die Kreistage, Stadtverordneten- und Stadtbezirksversammlungen sowie in die Gemeindevertretungen gewählt. Um die jungen Abgeordneten zu befähigen, ihre verantwortungsvolle Tätigkeit erfolgreich auszuüben, führen örtliche Räte, Ausschüsse der Nationalen Front und FDJ-Leitungen gemeinsam vorbereitete Qualifizierungsmaßnahmen durch. Die Abgeordneten der FDJ widmen sich vor allen der Wahrnehmung der Interessen der Jugend."

"Anteil der Jugendlichen unter 30 Jahren an den Abgeordneten der Volkskammer 12,2 %; an den Abgeordneten der Bezirks- und Kreistage 25,5 %; an den Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen 19,8 %" (siehe DDR, Gesellschaft, Staat, Bürger, Berlin 1974, S. 37)

In dieser Studie kann nicht über Aktivität, Initiative und Verantwortungsbewußtsein der Abgeordneten bei der Erfüllung der ihnen von den Wählern und von der Volksvertretung übertragenen Aufgaben berichtet werden. Wir müssen uns auf die Einstellungen zur FDJ und auf allgemeine Aktivitäten in der FDJ beschränken, die nur mittelbar mit der spezifischen Arbeit der Abgeordneten zu tun haben. Trotzdem sind die folgenden Ergebnisse aufschlußreich, zeigen sich doch deutliche Unterschiede zwischen Abgeordneten und den anderen Befragten in bezug auf die Einstellung zur FDJ und der Arbeit in der FDJ selbst. Die grundsätzliche Einstellung zur FDJ läßt sich an der Identifikation mit den politischen Zielen der FDJ ermitteln.

Tab. 7: Die Einstellung der jungen Abgeordneten zum Jugendverband (Angaben in %)

	Identifikation mit den Zielen der FDJ			
	vollkommen	mit gewissen Einschränkungen	kaum	überhaupt nicht
kein Volksvertreter	43	45	8	4
Abgeordnete I	63	33	4	0
Abgeordnete II	53	38	7	2

	Stolz auf Mitgliedschaft in der FDJ			
	vollkommen	mit gewissen Einschränkungen	kaum	überhaupt nicht
kein Volksvertreter	45	43	9	3
Abgeordnete I	63	29	4	4
Abgeordnete II	49	46	5	-

Die festgestellte ideologisch-positivere Einstellung junger Abgeordneter drückt sich auch generell gesehen in der positiveren Einstellung zur FDJ aus. Die differenzierte Bewertung zeigt aber, daß gerade die Abgeordneten der unteren Volksvertretungen (Stadtbezirk, Gemeindevertretung) sich nur in der Identifikation mit den politischen Zielen der FDJ von der Gesamtgruppe positiv unterscheiden, das emotional betonte Bekenntnis zur eigenen Organi-

siertheit ist weit weniger ausgeprägt. Diese Erscheinung weist auf Probleme der unmittelbaren FDJ-Arbeit, für die sich junge Abgeordnete - unabhängig von ihrer nominierenden Partei oder Organisation - verantwortlich fühlen. Sie macht aber gleichzeitig auf Probleme für die Schwerpunktsetzung in der politisch-ideologischen Erziehungsarbeit der FDJ aufmerksam. Ebenso sollte zu denken geben, daß immerhin zwischen 50 - 30 % der Abgeordneten sich nicht mit den politischen Zielen der FDJ identifizieren. Da die FDJ keine grundsätzlich anderen politischen Ziele verfolgt als die anderen, die Abgeordneten nominierenden Parteien und Organisationen, weist dies auf ernsthafte Probleme hin.

In folgenden wird etwas zur unmittelbaren politischen Aktivität der Abgeordneten in der FDJ gesagt werden. In diesem Zusammenhang sind einige Bemerkungen zum Problem der Autorität der Abgeordneten erforderlich. Die Autorität der Abgeordneten zu erhöhen, ist ein allgemein gesellschaftliches Problem. Das "Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen" 1974, das Pflichten und Rechte der Abgeordneten gesetzlich geregelt, ist vor allem unter dem Gesichtspunkt der Erhöhung der Autorität der Abgeordneten geschaffen worden. Auf die Notwendigkeit der Erhöhung der Autorität der Abgeordneten verweist u.a. auch ein Bericht der Jugendforschung aus den Jahren 1974 (WFS-Studie II, Zusatzbericht "Jugend und Volksvertreter" von H.-G. Mehlhorn).

Als Faktoren, die die Autorität der Abgeordneten fördern, werden im Kommentar zum "Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen" genannt: Aktivität, Initiative und Verantwortungsbewußtsein (zur Autorität der Abgeordneten vgl. auch Kapitel 4). Wie sieht es mit Aktivität, Initiative und Verantwortungsbewußtsein der Abgeordneten in der FDJ aus?

Anmerkung 2:

Wir stellen in Rechnung, daß nicht alle von uns befragten jungen Abgeordneten der Fraktion der FDJ angehören. Wir haben z.B. einen gewissen Anteil von Nichtatheisten ermittelt, diese können durchaus zur Fraktion der ODU gehören. Auch ist es möglich, daß ein kleiner Teil der jungen Abgeordneten zu anderen Fraktionen gehört (SED und andere Parteien). Es kann jedoch vorausgesetzt werden, daß die überwiegende Mehrheit der von uns befragten jungen Abgeordneten von der FDJ nominiert worden ist und über die FDJ wirksam wird.

Über 85 % der befragten Abgeordneten sind gegenwärtig Mitglied der FDJ, ca. 10 % waren früher einmal Mitglied. Ein kleiner Teil (1 % der Abgeordneten I und 4 % der Abgeordneten II) sind nie Mitglied der FDJ gewesen. Im Unterschied dazu äußerten rund 10 % der übrigen Befragten häufiger, früher der FDJ angehört zu haben und entsprechend 10 % weniger derzeit dem Jugendverband anzugehören.

Das ist insofern interessant, als wir oben festgestellt hatten, daß die älteren Jahrgänge bei Abgeordneten prozentual stärker vertreten sind als bei den übrigen Befragten. Daraus ist zu folgern, daß Abgeordnete länger dem Jugendverband angehören, d.h. später ausscheiden. Hier wird die positivere Einstellung zum Jugendverband in Aktion deutlich.

Während 74 % der Abgeordneten I und 65 % der Abgeordneten II eine Funktion in der FDJ haben oder hatten, trifft das nur für die Hälfte der übrigen Befragten zu. Die jungen Abgeordneten sind also zu einem größeren Teil durch die "Schule" des Jugendverbandes gegangen, gehören oder gehörten, unabhängig von ihrer Funktion als Abgeordnete, dem Aktiv der FDJ an.

50 % der Abgeordneten I, 37 % der Abgeordneten II und 30 % der übrigen Befragten haben gegenwärtig eine Funktion in der FDJ. Diese setzen sich nach der Art der Funktion wie folgt zusammen:

Tab. 8: Funktionen der Abgeordneten in der FDJ (Angaben in %)

	Sekretär einer FDJ-Grundor- ganisation	Sekretär einer FDJ-Organisa- tion	Gruppen- leiter	Mitglied einer
kein Volks- vertreter	3	4	4	19
Abgeord- nete I	10	5	12	23
Abgeord- nete II	13	1	1	22

Abgeordnete nehmen also in stärkerem Maße als Nichtabgeordnete an der aktiven Gestaltung des Verbandslebens teil.

Gegenwärtig haben keine Funktion in der FDJ: 50 % der Abgeordneten I, 63 % der Abgeordneten II und 70 % der übrigen Befragten.

Abgeordnete sind auch tatsächlich engagierter bei der Teilnahme am FDJ-Leben und bei der Lösung wichtiger Aufgaben des Jugendverbandes.

Durchschnittlich 80 % der Abgeordneten gegenüber 65 % der übrigen Befragten gaben an, an FDJ-Mitgliederversammlungen teilzunehmen. An Arbeitseinsätzen ohne Bezahlung (Subbotniks) nehmen ebenfalls ca. 80 % der befragten Abgeordneten teil (86 % der Abgeordneten I und 76 % der Abgeordneten II). Dem stehen nur 68 % der übrigen Befragten gegenüber. 59 % der Abgeordneten I und 66 % der Abgeordneten II gegenüber 46 % der übrigen Befragten gaben an, an den Zirkeln junger Sozialisten teilzunehmen. Im Vergleich zur Gruppe der übrigen Befragten gaben die Abgeordneten also bedeutend häufiger an, an den aufgezählten Formen des FDJ-Lebens teilzunehmen. Nehmen durchschnittlich 80 % der befragten Abgeordneten an den FDJ-Mitgliederversammlungen bzw. an Arbeitseinsätzen ohne Bezahlung teil, so ist die Beteiligung der Abgeordneten an den Zirkeln junger Sozialisten mit durchschnittlich 60 % doch etwas gering.

Wir können zunächst zusammenfassen:

Die festgestellte positivere ideologische Einstellung und die positivere Einstellung zum Jugendverband setzt sich um in Aktivität im Jugendverband, Abgeordnete gehören stärker zum Aktiv der FDJ als andere Jugendliche. Sie nehmen stärker und interessierter als andere Jugendliche an Formen des FDJ-Lebens teil.

3.2. Zur Arbeitsaktivität junger Abgeordneter

Im folgenden wollen wir die Teilnahme der Abgeordneten an Formen des FDJ-Lebens darstellen, die im direkten Zusammenhang mit der Arbeit stehen. An der FDJ-Aktion Materialökonomie nehmen 57 % der Abgeordneten I und 48 % der Abgeordneten II teil, im Vergleich zu 39 % der anderen Befragten. Weniger als 10 % aller Befragten, ebenso bei Abgeordneten, gaben an, nur ungern teilzunehmen. An der Arbeit persönlicher bzw. kollektiv-schöpferischer Pläne nehmen 64 % der Abgeordneten I und 54 % der Abgeordneten II teil, gegenüber 57 % der anderen Befragten. Durchschnittlich 10 % der Abgeordneten wie auch der Nichtabgeordneten nehmen daran nur ungern teil. Die Bewegung MMM hat im Vergleich zur Teilnahme an anderen FDJ-Aktivitäten im Zusammenhang mit der Arbeit, die geringste Teilnahme zu verzeichnen. Durch-

schnittlich 40 % der Abgeordneten I und der Abgeordneten II gaben an, an der MMM teilzunehmen, im Vergleich zu durchschnittlich 30 % der anderen Befragten. Der Anteil der Jugendlichen, die hieran nur ungern teilnehmen, ist sehr gering.

4. Die Nutzung einiger Massenmedien durch junge Abgeordnete

4.1. Nutzung von Rundfunk und Fernsehen der DDR

Ständig politisch informiert zu sein, ist für die Tätigkeit der Abgeordneten äußerst wichtig. Die politische Informiertheit der Abgeordneten bildet einen Eckpfeiler ihrer Autorität.

Durchschnittlich 60 % der Abgeordneten gaben an, nahezu täglich Nachrichten bzw. politische Sendungen des Rundfunks und Fernsehens der DDR zu hören bzw. zu sehen. (Im Verhältnis zu 45 % der anderen Befragten.) Durchschnittlich 30 % aller Befragten einschließlich der Gruppe der Abgeordneten gaben an, dieses einmal bzw. einige Male wöchentlich zu tun. Etwa 90 % der Abgeordneten informieren sich politisch damit nahezu regelmäßig durch Massenmedien der DDR. Bei den anderen Befragten sind es weniger als 80 %. Etwa 80 % aller Befragten ebenso der Abgeordneten gaben an, Schlager- und Unterhaltungssendungen der DDR nahezu täglich bzw. einmal oder einige Male wöchentlich zu hören und zu sehen.

Die Sendung "Rund" des Fernsehens der DDR, wird von Abgeordneten zu ungefähr 60 % immer bzw. häufig gesehen. Von den anderen Befragten etwa 50 %. Insgesamt kann festgestellt werden, daß die überwiegende Mehrheit aller Abgeordneten sich hauptsächlich über unsere Massenmedien politisch informiert. Das schließt jedoch nicht aus, daß ein Großteil der Abgeordneten auch Westmedien nutzt.

4.2. Nutzung von Rundfunk und Fernsehen der BRD

Die Hälfte der befragten Abgeordneten und 70 % der anderen Befragten gaben an, nahezu täglich bzw. einmal oder einige Male wöchentlich Westsender zu sehen oder zu hören.

30 % der Abgeordneten gaben an, nie Westsender zu sehen oder zu hören. (Im Vergleich zu 10 % der anderen Befragten.)

Wenn auch unterschiedlich häufig, so empfangen wie folgt West-sender:

- kein Volksvertreter 87 %
- Abgeordnete I 69 %
- Abgeordnete II 71 %

Von diesen ca. 70 % der Abgeordneten und diesen ca. 90 % der anderen Befragten hören und sehen Nachrichten bzw. politische Sendungen der BRD:

Tab. 9: Nutzung von BRD-Medien (Nachrichten bzw. politische Sendungen) (Angaben in %)

	nahezu täglich/einmal einige Male wöchent- lich	einige Male monatlich	nie
kein Volksvertreter	40	30	30
Abgeordnete I	36	23	41
Abgeordnete II	31	29	40

Tab. 10: Nutzung von BRD-Medien (Schlager- und Unterhaltungs-sendungen) (Angaben in %)

	nahezu täglich/einmal einige Male wöchent- lich	einige Male monatlich	nie
kein Volksvertreter	74	24	2
Abgeordnete I	71	27	2
Abgeordnete II	60	31	4

Zunächst einmal kann festgestellt werden, daß diese Ergebnisse zur Nutzung bestimmter Massenmedien und insbesondere der West-medien, bekannt sind und bereits in zahlreichen Untersuchungen des ZIJ festgestellt und kommentiert wurden. Zu diesem Thema des-halb nur noch einige speziellere Informationen.

Von den Jugendlichen, die DDR- und BRD-Sender überhaupt hören oder sehen, informiert sich in allen Gruppen mehr als die Hälfte vorwiegend über DDR-Medien.

(D.h. hört oder sieht Nachrichten oder politische Sendungen der DDR täglich oder wöchentlich und solche der BRD monatlich oder nie)

Abgeordnete und besonders Abgeordnete II nutzen stärker als Nichtabgeordnete politische Informationen der DDR. Von den Jugendlichen, die angaben, häufig Westsender zu nutzen, hört und sieht die überwiegende Mehrheit vorwiegend Schlager- und Unterhaltungssendungen.

Wir stellen fest:

Die Mehrzahl aller Abgeordneten ist ständig gut politisch informiert. Ein weitaus größerer Teil der Abgeordneten informiert sich politisch im Vergleich zu den anderen Befragten über die Medien der DDR. Über die Hälfte der Abgeordneten informiert sich gleichzeitig aber auch politisch über Medien der BRD. Alle Befragten gaben an, von BRD-Medien vorrangig Schlager- und Unterhaltungssendungen zu empfangen. Von unseren Medien dagegen werden gleichermaßen stark politische Sendungen und Schlager- und Unterhaltungssendungen empfangen. Diese Feststellung trifft generell zu, ist aber natürlich nicht auf einzelne Sendungen von Rundfunk und Fernsehen der DDR übertragbar.

5. Unterschiede in bezug auf Einstellungen und Verhalten zwischen Abgeordneten I und Abgeordneten II

Beim Vergleich der Gruppen der Abgeordneten I und Abgeordneten II sind folgende Tendenzen zu erkennen.

Abgeordnete I sind etwas positiver ideologisch eingestellt als Abgeordnete II.

Nach eigenen Angaben sind sie häufiger stolz auf die DDR als Abgeordnete II, Überzeugter vom Sieg des Sozialismus. Sie identifizieren sich stärker mit den politischen Zielen der PDS.

Obwohl bezüglich der Verteidigung der DDR und des sozialistischen Lagers keine Unterschiede zwischen Abgeordneten I und Abgeordneten II bestehen, sind mehr Abgeordnete I sowohl von der Notwendigkeit der Verteidigung der DDR als auch des sozialistischen Lagers vollkommen überzeugt.

Keine Unterschiede bestanden allerdings bei der geäußerten Überzeugung zum Atheismus und zur marxistisch-leninistischen Weltanschauung, der Notwendigkeit der Abgrenzung zwischen dem Land und der BRD, sowie der Freundschaft zur UdSSR. Bei geäußerten Einstellungen zur Arbeit ergibt sich:

Abgeordnete I äußerten zu einem größeren Prozentsatz als Abgeordnete II immer auf die Qualität der Arbeit und auf sparsamen Material- und Energieverbrauch zu achten.

Bei Aktivitäten außerhalb der FDJ-Arbeit (Mitgliederversammlungen, Subbotniks, vormilitärische Ausbildung, Zirkel junger Sozialisten) nahmen Abgeordnete II etwas häufiger und auch lieber teil als Abgeordnete I.

6. Schlussbemerkungen

Aus den empirischen Ergebnissen unserer Untersuchung geht eindeutig hervor, daß Abgeordnete besonders positive politisch-ideologische Einstellungen haben und auch gesellschaftspolitisch aktiver sind als Nichtabgeordnete.

Die Ergebnisse bestätigen:

Als Abgeordnete werden meistens solche Jugendliche ausgewählt, die gesellschaftlich aktiv und politisch positiver eingestellt sind als ihre Mitmenschen; die Tätigkeitsanforderungen tragen wiederum zur hohen Aktivität bei. Es ist daher anzunehmen, daß Abgeordnete nicht nur in ihrer Funktion als Abgeordnete aktiv sind, sondern auch in anderen gesellschaftlichen Funktionen tätig sind.

Trotzdem gilt, daß Abgeordnete eine Gruppe von Menschen sind, die in besonders ausgezeichnete Weise bei der Entscheidung und Lösung von Aufgaben einbezogen werden, also an der Machtausübung beteiligt sind. Die Beteiligung an der Machtausübung, das ist eine allgemeine Erkenntnis, löst positive Einstellungen und Aktivitäten aus, was kann mit dieser Studie voll bestätigt werden.